

Die Wirkung der Thatsachen.

In diesen Tagen ging die Rede von einer bevorstehenden Zusammenkunft der leitenden Minister Preußens, Baierns und Württembergs, welche eine Verständigung über das Projekt eines „weiteren Bundes“ zwischen dem Nordbunde und den süddeutschen Staaten zum Zwecke haben sollte. Die Nachricht, welche wohl nur in Folge eines, die deutsche Entwicklung besprechenden Artikels der „Nordd. Allg. Ztg.“ entstanden war, hat sich nicht bestätigt und erschien von vorn herein als unwahrscheinlich, da unsere Regierung schwerlich den Drang fühlt, vorzeitig in eine Entwicklung einzugreifen, deren Reife dadurch möglicher Weise nur gestört werden kann und deren Verwirklichung nicht Noth thut, da die Integrität durch die jetzt perfekt gewordenen Verträge mit den süddeutschen Staaten gewahrt ist.

Die Krise, in welche die deutsche Einheitsfrage wegen der Agitation gegen die Bündnisse getreten war, hatte zweierlei gelehrt; erstlich, daß Baiern und Württemberg hinlänglich starke Elemente besitzt, um jede antinationale Tendenz zu überwinden; sodann, daß die dortigen Antipathien zumeist auf Vorurtheilen beruhen, welche verschwinden müssen, sobald die Unbekanntheit mit norddeutschem Wesen und norddeutschen Einrichtungen, aus welchen sie entspringen, einer besseren Einsicht gewichen ist.

Man darf hoffen, daß zu dieser glücklichen Umwandlung das Zollparlament, dessen Einberufung daher mit Recht möglichst beschleunigt wird, den besten und förderlichsten Einfluß üben werde. Die Vertreter des Südens werden genöthigt werden, in der Hauptstadt des Nordens zu erscheinen und in persönliche Berührung mit den treibenden Elementen zu treten und sie werden sich überzeugen, daß das „Bismarck'sche Preußen“, welches ihnen die heimischen Blätter so sehr verfeinert, nicht nur durch die Machtverhältnisse berufen worden ist, an die Spitze Deutschlands zu treten, daß es auch in dem deutschen Geiste, von welchem es durchdrungen ist, sich zu diesem Beruf legitimirt zeigt, ohne daß seine Institutionen der freiwilligen Entwicklung ein Hinderniß entgegen stellen, diese vielmehr dem Wesen nach und auf viel mannigfacheren Gebieten weiter vorgeschritten ist, als die Süddeutschen, ohne Kenntniß der thätlichen Verhältnisse jetzt noch zugeben wollen. Eine solche Hoffnung erscheint durchaus nicht übertrieben, wenn man die Erfahrung zu Rathe zieht und die nicht bloß äußerlich zwingende, sondern auch auf die geistige Würdigung so einflußreiche Gewalt der Thatsachen berücksichtigt. Wir haben ein solches Beispiel vor Augen; die in München neu gegründete Zeitung des Hrn. Tröbel, welche sich zur Aufgabe gestellt hatte: Baierns internationalen Beruf zu verfechten und Oesterreich in ein näheres Verhältniß zu den süddeutschen Staaten zu bringen.

Jetzt weist sie sogar das „Kollektiv-Veto“ zurück, welches die „Nordd. Allg. Ztg.“ den nur im weiteren Bunde mit dem norddeutschen Bunde vereinten Staaten zugestehen wollte und zieht „die Ausschließlichkeit des preussischen Veto“ vor; gewiß ein gewaltiger Fortschritt der öffentlichen Meinung, wenn man erwägt, daß noch vor wenigen Wochen Baiern ein solches Veto zur Bedingung der Annahme des Zollvereins-Vertrages machen wollte.

Wenn aber dasselbe Blatt (die „Süddeutsche Presse“) jetzt sogar die Mahnung an Oesterreich richtet, daß dieses nicht daran denken solle, durch den Prager Frieden einen absoluten Stillstand in den deutschen Verhältnissen herbei geführt zu haben, daß diese nicht petrifiziert werden könnten — so ist wohl ersichtlich, daß auch die bavarische Selbstgenügsamkeit auf dem Wege ist, sich dem Ganzen anzuschließen, da sie die Ueberzeugung gewonnen hat — selber kein Ganzes sein zu können! — Wenn aber die Thatsachen so mächtig an den Geisern rütteln und so rasche Bekehrungen im Gefolge haben, ist es sicherlich die verständigste Politik, die Entwicklung sich selber zu überlassen und die Attraktionskraft des norddeutschen Bundes durch dessen soliden Ausbau zu fördern.

Um so mehr, als dadurch jeder fremden Einmischung ebenso die Lust wie der Vorwand benommen wird, wäre eine solche Ueberhaupt noch zu besorgen; aber Frankreich hat andere, dringendere Sorgen und das Rundschreiben des Freiherrn v. Beust vom 1. v. M. weist jeden Gedanken an eine Einmischung in die deutsche Entwicklung zurück, deren „Endziel ja auch, wie die Thronrede und versicherte — von allen Mächten als ein friedliches anerkannt wird!“

Deutschland.

□ Berlin, 21. November. Die Thronrede des Kaisers Louis Napoleon giebt einen neuen Beweis, daß die Ueberzeugung in Frankreich immer mehr Platz greift, wonach die deutsch-nationale Entwicklung Frankreich keinen Grund zur Beunruhigung giebt. Dieses Anerkenntniß ist namentlich in der liberalen französischen Presse immer entschiedener hervorgetreten. Dieselbe findet, daß die Konsolidirung der deutschen Verhältnisse dem Frieden günstig ist, als die Unsicherheit derselben. Nur die ultramontanen Blätter verschließen sich dieser Einsicht noch. Es ist indessen zu hoffen, daß die Auslassungen der Thronrede auch diese Partei mit den in Deutschland geschehenen Veränderungen immer mehr ausöhnen werden. Unter diesen Verhältnissen ist es, was bei dieser Gelegenheit gleich bemerkt werden mag, sehr verdienstlich, daß ein baltisches Blatt, der „Baltische Landbote“, den Agitationen der Ultramontanen in Süddeutschland gegen Preußen eine Darstellung der Verhältnisse gegenüberstellt, in welchen sich die katholische Kirche in Preußen befindet. Das Blatt bemerkt, daß die katholische Kirche in Preußen die günstigste und vortheilhafteste Stellung im Vergleich zu allen andern deutschen Staaten habe. Namentlich sei auch in der Hauptstadt Berlin selbst aufs Reichlichste für die Bedürfnisse der katholischen Einwohnerschaft Vorsorge getroffen, insofern daselbst an acht Orten katholischer Gottesdienst gehalten werde, sich daselbst

nicht weniger als vier geistliche Orden befänden u. s. w. Es sei demnach unbegreiflich, wie die Ultramontanen solche gebäufige Opposition gegen Preußen machen könnten. — Es ist fortwährend auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, welche für die in Aussicht genommenen Konferenzberatungen dadurch entstehen müssen, wenn eine große Anzahl kleiner Staaten ebenso wie die Großmächte ihre Stimme abgeben sollen. Hier hätte wohl der Ausspruch sein größtes Gewicht, daß die Stimmen zu wägen und nicht zu zählen sind. Welche unbehagliche Stellung müßte sich z. B. für Hessen-Darmstadt ergeben, wenn es sich auf der Konferenz mit den preussischen Anschauungen in Gegensatz stellen sollte. Und sollten schließlich alle kleineren Staaten sich auf Seiten Frankreichs stellen, so würden sie doch kein Gegengewicht gegen die Stimmen der Großmächte Preußen, Rußland, England u. s. w. gewähren. Festhalten ist übrigens, daß die Hauptfrage für das Zustandekommen der Konferenz das Einverständnis Italiens und Roms mit derselben bleiben muß.

— In einem Artikel der „Frankfurter Ztg.“ ist davon die Rede, daß die im vorigen Jahre vom Abgeordnetenhaus gestrichenen Gehalts erhöhungen für die Minister und die geheimen polizeilichen Ausgaben von 35,000 Thln. dies Jahr in den Staatshaushalts-Etat wieder aufgenommen worden seien. Wie wir hören, dürfte dies nicht bloß mit dem hier erwähnten geheimen Polizeifonds, sondern auch mit dem Haupt-Extraordinarium der General-Staatskasse von 300,000 Thln. der Fall sein. Bekanntlich muß die Regierung die Beibehaltung namentlich auch dieses letzteren Postens dringend wünschen und ist auch nur mit Widerstreben voriges Jahr auf den Wegfall desselben eingegangen, da der Ausfall desselben insofern zum Schaden des Landes gereicht, als manche Ausgaben gar nicht auf den Etat zu bringen oder später als Etatsüberschreitungen einzufordern sind. Daß das Votum des neuen Abgeordnetenhauses anders als das frühere in Betreff dieser Posten ausfallen wird, darauf kann nach der Zusammensetzung desselben mit Sicherheit gerechnet werden. — In Betreff der Zweisten'schen Angelegenheit wird in der liberalen Presse viel unnötiger Lärm gemacht. Es handelt sich hierbei bekanntlich nicht um eine persönliche, sondern um eine prinzipielle Frage, die um so mehr zum Austrag werden kann, als alle nachtheiligen Folgen für den Betheiligten von vorn herein durch die Amnestie ausgeschlossen sind. Die Opposition hat auch vergessen, daß sie auf diesen Austrag selbst mit gedrungen hat, daß sie die Frage durch einen gesetzgeberischen Akt entschieden wissen wollte, ob der Abgeordnete für seine Reden in Abgeordnetenhause verantwortlich sei oder nicht. Jetzt nun, wo die Regierung dieser Forderung nachgegeben ist und die Erledigung dieser Frage durch alle Instanzen herbeizuführen gesucht hat, ist der Opposition die Sache deshalb unbehaglich geworden, weil Herr Zwesten für seine, in der Geschichte übrigens wohl beispiellos dastehenden Verleumdungen zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt worden ist. Daß dieser Ausgang denjenigen nicht paßt, die bisher das Land von der Tribüne aus in Aufregung zu erhalten gesucht haben, ist begreiflich. Abern ist es, in der Angelegenheit vom Märtyrertum des Herrn Zwesten zu reden, da zuletzt doch auf denselben die Amnestie ihre Anwendung finden wird, wenn schon vorerst den Gesetzen ihr Lauf gelassen werden muß, in die bekanntlich jetzt weder der Justizminister, noch selbst Sr. Majestät der König eingreifen kann.

Auf der Postkonferenz ist der vom norddeutschen Bunde gestellte Antrag, daß es hinsichtlich der Postfreiheit im Allgemeinen bei den bisherigen Bestimmungen verbleiben möge, angenommen worden. Diese Postfreiheit genießen auch das Thurn und Taxis'sche Haus, so wie die Beamten der früheren Thurn und Taxis'schen Postverwaltung weiter, wie früher in den betreffenden Verträgen festgesetzt worden ist. — Zum Präsidenten des Berliner Stadgerichtes ist an Stelle des nach Martenwerder als Appellations-Gerichts-Präsidenten versetzten Herrn Breithaupt, der Vice-Appellations-Gerichts-Präsident v. Brandenstein in Raumburg ernannt worden.

Berlin, 21. November. Se. Majestät der König ist heute Nachmittag gegen 2 Uhr von Schwertau hierher zurückgekehrt.

— Im Abgeordnetenhaus wurden heute 80 Mitglieder auf die Verfassung vereidigt, alsdann das Resultat der Schriftführer- und Kommissionswahlen mitgetheilt und vom Finanzminister der Etat für 1868 vorgelegt, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 159,862,000 Thlr. abschließt. Um 2 Uhr ist er noch in seinem erläuternden Vortrage über denselben begriffen.

Berlin, 21. November. (W. Z.) Die französische Thronrede, welche sich dieses Mal durch eine selte Rückkehrheit auszeichnet, erhebt sich Deutschland gegenüber endlich zur Anerkennung des Nichtinterventionsprinzips. Daß das nunmehr geschieht, ist ebenso ein stillschweigendes Eingeständniß der Unmöglichkeit, die Neugestaltung Deutschlands zu verhindern, als eine Bestätigung der in der preussischen Thronrede ausgesprochenen Hoffnung auf die Befestigung des Friedens. Wenn auch der Uebereinstimmung mit Oesterreich keine Erwähnung geschieht, so ist doch die Uebereinstimmung mit den in der Beussischen Circulardepesche enthaltenen Versicherungen bemerkenswerth genug. Die französischen Staatsmänner mußten doch endlich einsehen, daß ihre bisherige Politik der Entwicklung Deutschlands nur nützlich sein konnte; sie würde schwerlich so weit fortgeschritten sein, als sie jetzt glücklicherweise ist, wenn die patriotischen Bellemungen, welche sich nach der Schlacht von Sadowa der Tullerien bemächtigt, nicht zu den bekannten Kompensationsforderungen geführt, wenn Frankreich nicht die luxemburgische Frage aufs Tapet gebracht, wenn es sich nicht in die nordschleswigsche Frage eingemischt, wenn endlich der Kaiser Napoleon die Kondolenzvisite in Salzburg unterlassen hätte. Nichts hat die antinationalen Tendenzen auf den Fürstenthronen wie in den Bevölkerungen gründlicher diskreditirt, als die durch die fran-

zösische Diplomatie immer wieder ermunterte Hoffnung auf die Unterstützung des Auslandes. Hoffentlich ist die deutsche Entwicklung nunmehr so weit fortgeschritten, daß die Vollendung der nationalen Einheit dieses aufregenden Stachels nicht mehr bedarf.

— Schon vor länger als zwei Jahren hat die oberste Verwaltung der Kunst-Museen sich an die Regierungen mit der Klage gewandt, daß Funde von Münzen und anderen der Erhaltung werthen alterthümlichen Gegenständen gleich bei ihrer Auffindung zerstreut oder den nächsten Unterhändlern verkauft werden, um dann nicht selten, wenn die Hoffnung auf größeren Gewinn getäuscht wird, oder die Furcht, von dem Eigenthümer des Bodens in Anspruch genommen zu werden, erwacht, in den Schmelzofen zu wandern und so, ganz abgesehen von der Ergänzung der Sammlungen, der wissenschaftlichen Verwerthung für die Archäologie und Vaterlandskunde entzogen zu werden. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, ist die Erklärung ergangen, daß die Finder bei Einfindung des Fundes an die Königl. Museen mit Sicherheit darauf rechnen können, jedenfalls den vollen Werth des Metalls und noch Maßgabe der Bedeutung und Seltenheit der Gegenstände einen angemessenen, höheren Werth zu erhalten, welcher nach erfolgter Einigung sofort ausgezahlt wird. Wenn öffentliche Provinzialsammlungen die Mittel zum Ankauf des Fundes haben, so tritt die Museums-Verwaltung zurück. Diese Angelegenheit ist, da sie bisher noch nicht erfolgreich erledigt worden, wiederum in Erinnerung gebracht worden, damit die Ortsvorstände in der entsprechenden Weise verfahren.

Leipzig, 19. November. Das „Dresdener Journal“ reproduzirt in seiner neuesten Nummer folgenden Artikel der „Leipziger Nachr.“: Es ist eine sehr erfreuliche Wahrnehmung, daß sich zwischen den sächsischen und preussischen Soldaten ein echt kameradschaftliches Einvernehmen gebildet hat und Zerwürfnisse zwischen denselben auch nicht im Mindesten vorgekommen sind. In den Tanzlokalen, welche von beiden Seiten allsonntäglich natürlich stark besucht werden, sieht man die Krieger ganz gemüthlich beisammen sitzen und freundlich, oft sogar herzlich mit einander verkehren. Es ist dies doppelt erfreulich, als jetzt die Rekruten eingestellt sind, die man sich vielleicht mit Vorurtheilen befaßt hat. Möge dieser Sinn für gestittetes und einträchtiges Verhalten immer lebendig in den Waffenbrüdern bleiben.

Ausland.

Paris, 19. November. Die gesammte Presse spricht sich heute über die Thronrede aus. Wir wollen auf diese lange Reihe von Artikeln nicht weiter eingehen, sondern bloß den Eindruck beifügen, daß die einseitige Krethartei sehr klein sein muß, da alle Blätter lauter oder leiser ihr Vergnügen daran haben, daß die allgemeine Wehrpflicht, welche der Kaiser so gern eingeführt hätte, auf das Minimum reducirt oder eigentlich beseitigt ist. Ueber die römische Frage wird man nun desto mehr hinüber und herüber toben, je weniger man jetzt noch über Preußen schimpfen und über Oesterreich schwindeln kann. Am entrüstetsten zeigt sich der Monde darüber, daß die deutsche Einheit als „ganz in der Ordnung und ein Glück für Frankreich“ hingenommen werden solle; das sei die Folge der Politik der letzten zwanzig Jahre; jetzt müsse man schweigen! Noch zorniger ist der „Monde“ über die Stelle der Thronrede in Bezug auf Italien: dieser Einheitsstaat sei unvereinbar mit der Existenz des heiligen Stuhles, Victor Emanuel unbesserlich, Italien sei in Revolution, und diese Revolution bedrohe Europa, und trotz alledem lasse der Kaiser ein tiefes Dunkel über seiner italienischen Politik. Der „Monde“ wünscht und hofft jedoch, seine guten Freunde unter den Senatoren und Deputirten würden den Fuchs schon zum Loch hinausbringen. Seine Ansichten über den Kongreß formulirt das Blatt alsdann so: „Es giebt Dinge, theurer als das Leben. Die Kirche ist die Wahrheit; sie hat von Gott die unverlierbare Gnadengabe empfangen, sie an die Menschen auszuteilen. Und der Kongreß hat keine Möglichkeit, eine Lehre aufzustellen oder ein für Europa nütliches Resultat zu erzielen, es sei denn, daß er sich den Prinzipien unterwirft, deren eifriger Verfechter und inspirirtes Organ Plus IX. ist.“

Rom, 13. November. (Köln. Ztg.) Der Umstand, daß der österreichische Botschafter, Herr v. Hübnert, am 5. v. Mts. als Vertreter abberufen und durch den jetzigen österreichischen Gesandten in Madrid, Grafen Erbelli, ersetzt ist, deutet sehr bestimmt darauf hin, daß von dem Wiener Kabinett der Versuch gemacht werden wird, eine Aenderung des mit dem römischen Stuhle abgeschlossenen Concordats herbeizuführen. So lange Herr v. Hübnert hier als Botschafter in Funktion blieb, war an Verhandlungen in dieser Sache nicht zu denken. Er ist der eifrigste Vertreter der Concordats-Politik, welcher gar kein Bedenken getragen hat, dies öffentlich zu erklären und seine eigene Regierung wegen der befolgten Politik scharf zu tadeln. Cardinal Rissach, der glühende Verteidiger des Concordats, welcher die Verhandlungen wegen des Abschlusses führt, wird von Herrn v. Hübnert daher ganz besonders bewundert. Derselbe wird bis zur Ankunft seines Nachfolgers, der in sechs Wochen erwartet ist, hier verweilen. Bis zu diesem Zeitpunkte stehen Verhandlungen des Wiener Kabinetts mit der Curie wegen Abänderung des Concordats nicht zu erwarten. Ob diese durch den neuen Gesandten, oder durch besondere Bevollmächtigte aufgenommen werden sollen, steht noch nicht fest.

Pommern.

Stettin, 22. November. Der vom national-liberalen Wahl-Comité auf gestern Abend in der Böse berufenen Wahlmänner-Versammlung wohnten auch viele Zuhörer bei. Nachdem Hr. Th. v. d. Nahmer zum Vorsitzenden und auf seinen Vorschlag die Herren: E. Aron, Steinicke und Keppler zu Beisitzern gewählt waren, hielt zunächst Herr Oberlehrer Th. Schmidt seine Kandidaten-Rede, in der er unter Hinweis auf seine parlamenta-

rische Thätigkeit seit dem Jahre 1861 und seine bisherigen Bestrebungen speziell im Interesse unserer Provinz, als wesentlichstes Programm aufstellte. Unabhängigkeit der Rechtspflege, wohlwollende und ehrliche Regierung, Glaubens- und Religionsfreiheit. Er versprach nach seinen besten Kräften im Interesse des Landes wirken zu wollen, wenn er mit einem Mandate als Abgeordneter betraut werden sollte: Stets werde er bereit sein, für das Recht, die Wahrheit, den Ruhm und die Ehre des Landes einzutreten. Ebenso ging Nebenher auf die beiden Punkte näher ein, welche in der Wahlmänner-Versammlung am 16. d. M. zur Sprache gebracht waren, nämlich sein Verhalten in der „Salzfrage“ und seine „Abstimmung gegen die Reichsverfassung“. Er bezeichnete es als richtig, in der ersten Frage für das Amendement Hagen, ungeachtet des Protestes des Regierungsverwaltungskomitees gegen dessen Annahme, gestimmt zu haben, motivirte diese Abstimmung, indessen dadurch, daß ihm und mehreren seiner politischen Freunde der von der Regierung normirte Preis von 2 Thlr. für das Kochsalz noch sehr hoch erschienen sei und sie deshalb für eine Ermäßigung des Preises auf 1 1/2 Thlr. gestimmt hätten. Ebenso habe er gegen die Annahme der deutschen Reichs-Versaffung gestimmt, da er in derselben notwendige Bestimmungen, namentlich auch die wegen Verantwortlichkeit der Minister vermißt habe, mit der Stellung, die dem Bundesrathe zugewiesen, nicht einverstanden gewesen sei u. s. w. Bei einer so wichtigen Gesetzesvorlage müsse man das Höchste zu erstreben suchen. Die Beurtheilung seiner Abstimmung könne allerdings eine verschiedene sein, er sei indessen seiner Ueberzeugung gefolgt, wenn er auch sehr wohl gefühlt habe, daß ihm die Abstimmung in dem Wahlkreise, den er damals vertrat, schaden könne. Eine schließlich an den Redner gerichtete Frage: ob er bereit sein würde, die Regierung auch in der deutschen und auswärtigen Politik zu unterstützen, beantwortete er bezüglich mehrerer Punkte in einer den Beifall der Versammlung hervorruhenden Weise.

Hierauf sprach als zweiter Kandidat Herr Dr. Dyppeheim. Er glaubt auf Grund der hier erfolgten Wahl seines Freundes Lasker, mit dessen politischen Ansichten er im großen Ganzen übereinstimme, sich in politischer Hinsicht mit der Mehrheit des Wahlkreises in Einklang zu befinden und nimmt auf sein bisheriges Leben und Wirken als Empfehlung für seine Bewerbung Bezug. Redner, von der Ansicht ausgehend, daß nur die national-liberale Partei dem im Jahre 1861 von der damaligen Fortschrittspartei aufgestellten Programm bis heute vollständig treu geblieben, daß Versuche mit dem „praktischen Liberalismus“ wohl zu empfehlen seien und daß in einem gesunden Staatsleben jede Partei ihren Beruf habe, behandelt sodann in einer längeren Rede die inneren preussischen sowie die deutschen Verhältnisse. In ersterer Hinsicht vermißt Redner namentlich die Unabhängigkeit der Justizpflege, die Verantwortlichkeit aller Beamten (wie er sagt, bis einschließlich der Nachwächter) eine gute Gemeinde- und Kreisordnung. Mit Befriedigung erkennt er die bisherige Entwicklung der deutschen Verhältnisse auf den verschiedenen Gebieten der Gesetzgebung an und bemerkt, wie von der Entwicklung der Bundesverfassung auch diejenige der Landesverfassung abhängig sei. Jetzt frage es sich indessen zunächst: wie sich beide Verfassungen auseinander zu setzen hätten. Redner verspricht im Falle seiner Wahl zum Abgeordneten Sitzungs, darauf für Verbesserungen mit einzutreten, ohne indessen bindende Besprechungen für diesen oder jenen Antrag zu geben. Er müsse vielmehr volles Vertrauen fordern und werde seine Ueberzeugung stets frei aussprechen, indessen nur so lange Vertreter der Stadt bleiben, als er sich mit der Majorität seiner Wähler in Uebereinstimmung befinde. Nach Beantwortung einiger Interpellationen Seitens des Redners sprach Herr v. d. Nahmer Namens der Versammlung den Herrn Schmidt und Dyppeheim den Dank dafür aus, daß sie der an sie ergangenen Einladung Folge geleistet und schloß die Versammlung sodann mit dem Wunsche, jeder Wahlmann möge bei der am nächsten Montag stattfindenden Wahl in dem Sinne: „daß das Wohl des Vaterlandes über Alles zu stellen sei“, seine Stimme abgeben.

In der Zeit von 1. August v. J. bis dahin 1867 sind auf Grund des Gesetzes vom 7. März 1850 an Jagdscheinen ausgegeben: im Regierungsbezirk Stettin 2378, davon unentgeltlich 249; im Regierungsbezirk Cöslin 1791, davon unentgeltlich 121; im Regierungsbezirk Stralsund 898, davon unentgeltlich 105 Stück.

Dem Regierungs- und Schulrath Crüger bei der königlichen Regierung hier selbst ist von des Königs Majestät der Charakter als Geheimrath verliehen worden.

Der Regierungs-Referendar Herr hier selbst ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Regierungs-Assessor ernannt worden.

In Folge telegraphischer Meldung von einem in dem Hause gr. Wolleberstraße Nr. 6 entstandenen Schornsteinbrande rückte die Feuerwehr gestern Abend gegen 5 Uhr dorthin aus, fand indessen kein Feuer vor. Es wurde auch in dem bezeichneten Hause bestimmt in Abrede gestellt, daß der Schornstein gebrannt habe.

Es herrscht in einzelnen Kreisen noch immer die durchaus irrige Annahme, daß derselbe, welcher in Folge einer Feuermeldung das Erscheinen der städtischen Feuerwehr auf der Brandstelle veranlaßt, die dadurch entstehenden Kosten „aus seiner Tasche“ zu tragen habe. Wir bemerken indessen, daß unsere Feuerwehr ein Institut ist, dessen Unterhaltungskosten vollständig aus der Kammerkassette, also aus dem allgemeinen Stadtfonds bestreiten werden, irgend welche Leistungen des Instituts beim Feuer, aber niemals von Privaten besonders zu honoriren sind. Möge es also Niemand verabsäumen, bei ausbrechendem Feuer sofort die Hülfe der Feuerwehr zu requiriren.

Vor dem Obergericht ist kürzlich eine hinsichtlich der Stellung der königlichen Polizeibeamten zu den Kommunen wichtige Entscheidung ergangen. Ueber die Frage, wer den königlichen Polizeibeamten die Pensionen zu zahlen habe, war es, wie die „N. St. Z.“ berichtet, bei Gelegenheit eines Spezialfalles zwischen der Staatsbehörde und dem hiesigen Magistrat zu einem Prozesse gekommen, welchen das Obergericht nunmehr dahin entschieden hat, daß die Kommune zur Zahlung der Pensionen verpflichtet sei, selbst wenn die Beamten ihre Gehälter bisher aus Staatskassen bezögen. Die hiesigen Polizeibeamten erhalten bekanntlich ihre Gehälter gleichfalls aus der Staatskasse, während dem Magistrat nur die Beschaffung der Lokale, Utensilien u. s. w. obliegt. Der Magistrat verlangt nunmehr, da er die Pensionen zu zahlen habe, auch die bei der betreffenden königlichen Kasse

angesammelten Pensionbeträge der Polizeibeamten. Von Seiten der Polizeibehörde wird dagegen darauf hingewiesen, daß die Magistratsbeamten keine Pensionbeträge zahlen; wolle man daher die Polizeibeamten den letzteren gleichstellen, so läge es in der Billigkeit, daß man ihnen auch keine Abzüge mache und die bereits gezahlten ihnen wieder zurückerstatte.

Es wurde vor Kurzem gemeldet, das Obergericht habe in einem von ihm neuerdings gefällten Urtheile den Kleinhandel mit Bier als nicht konzessionspflichtig erachtet. Wir glauben den Dank bei dieser Frage interessirten Kreise zu verdienen, wenn wir darauf aufmerksam machen, daß eine solche Entscheidung nicht ergangen ist. Der Fall, welcher zu dem Irrthume Veranlassung gegeben haben kann, war folgender: Ein Brauer hatte von seinem Gebräue zu öfteren Malen Bier in Eimern zu 6 bis 7 Quart Inhalt verkauft, ohne dazu einen polizeilichen Erlaubnißschein zu besitzen und war deshalb von dem Polizeirichter zu einer Geldbuße von zwölf Thalern event. zehn Tagen Gefängniß verurtheilt worden. In dem von ihm in Folge dessen herbeigeführten Rekursverfahren wurde der Angeklagte jedoch freigesprochen, da die von ihm verkauften Portionen nicht für kleine Quantitäten erachtet werden könnten. Die Staatsanwaltschaft erblickte in dieser Annahme einen Rechtsirrtum und legte mit Genehmigung des Justizministers die Nichtigkeitsbeschwerde ein. Diese wurde zwar von dem höchsten Gerichtshofe allerdings zurückgewiesen, indessen nicht aus dem Grunde, weil es zu dem Kleinhandel mit Bier einer polizeilichen Konzession überhaupt nicht bedürfe, sondern um deshalb, weil die Kabinettsordre vom 7. Februar 1835, welche den Kleinhandel mit Getränken ohne eine solche verbiete, sich darüber nicht ausspreche, was sie unter dem Kleinhandel verstehe. Es erscheine daher als eine wesentlich thätigkeitsliche Frage, ob in einem gegebenen Falle Getränke in geringen Quantitäten verkauft seien, und wenn der Appellationsrichter solches im vorliegenden Falle verneine, so könne hierin ein Rechtsirrtum nicht gefunden werden. Die Staatsanwaltschaft hatte sich nebenbei auf eine Verordnung der betreffenden Bezirksregierung vom 28. Oktober 1837 berufen, nach welcher jeder Handel mit Getränken unter 15 Berliner Quart als Kleinhandel betrachtet werden soll, und hierauf erwiederte das Obergericht, jene Verordnung sei nur in Ausführung der Circular-Reskripte des Ministers des Innern und der Polizei vom 13. August 1835 und 12. Oktober 1837 erlassen, diese Reskripte aber bezögen sich lediglich auf den Handel mit Wein, Branntwein und anderen geistigen Getränken, kämen also im vorliegenden Falle nicht in Frage, wo nur von dem Kleinhandel mit Bier die Rede sei. — Daß durch diese Erwägungsgründe keineswegs die Konzessionsfreiheit des Auschanks von Bier oder Kleinhandels mit demselben ausgesprochen wird, liegt auf der Hand.

Wangerin, 20. November. Gestern Abend wurde durch Fischer die Leiche des Arbeitmanns Sens von hier aus dem Wangeriner See gezogen und es ist anzunehmen, daß ein Selbstmord vorliegt, dessen Motive nur in Schwermuth zu suchen sind, da S. sich in guten Verhältnissen befand, einen Nachwächterposten versah und außerdem die Straßenbeleuchtung besorgte, so daß er vor Nahrungssorgen vollständig geschützt war. Merkwürdig dabei ist, daß seine Ehefrau vor etwa 20 Jahren einen gleichen Tod fand und wahrscheinlich auch gesucht hat. Sens hatte sich nicht wieder verheiratet, sondern lebte mit seiner alten Mutter, die indessen seit langer Zeit schon bettlägerig krank ist, und seiner von ihrem Ehemann geschiedenen Schwester zusammen.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 21. November. In der gestrigen Abendstunde der Stadtverordneten-Versammlung wurde nach lebhafter Diskussion der Antrag des Dr. Schulze angenommen. Demzufolge wird in Erwägung der Vorkommnisse in der ersten Kammer und der Beiseitigung des Wahlgesetzes vom 3. Juni 1850 beschlossen, an der bereits am 28. August 1866 ausgesprochenen Erwartung festzuhalten, und bei wiederkehrender Aufforderung durch die Wahl in die Ständeversammlung dahin mitzuwirken, daß die unversaffungsmäßig aufgehobene Volksvertretung baldigst gewählt und einberufen werde. — In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde seitens der Staatsregierung der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes eingebracht.

Wien, 20. November. Die amtliche „Abendpost“ weist die Mittheilung des „Vaterland“ betreffs der Verletzung des Briefgeheimnisses in Oesterreich und des Mißbrauchs der Interception von Briefen zu politischen Parteizwecken als eine böswillige Insinuation zurück. Das Blatt erklärt, daß das Briefgeheimniß in Oesterreich Seitens der Behörden vollständig und ausnahmslos gewahrt werde.

Wien, 21. November. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Spezialdebatte des Delegationsgesetzes vollendet und das Gesetz von S. 9 bis zum Schluß nach der Fassung des Ausschusses mit unwesentlichen Modifikationen angenommen. Ebenso wurde mit großer Majorität ein Antrag Reichbauers genehmigt, nach welchem am Schluß des Gesetzes die Bestimmung hinzuzufügen ist, daß das Delegationsgesetz gleichzeitig mit dem bereits festgestellten Staatsgrundgesetz in Kraft treten soll. Der Reichskanzler Freiherr v. Beust hatte sich mit dieser Bestimmung einverstanden erklärt. Schließlich wurde das ganze Gesetz in dritter Lesung angenommen.

Paris, 20. November. Gutem Vernehmen nach hat der Staatsrath den neuen Entwurf eines Kriegsdienst-Gesetzes angenommen. Nach der „Patrie“ hat sich der französische Botschafter beim englischen Hofe, Fürst de la Tour d'Auvergne, trotzdem er sich noch in sehr leidendem Zustande befindet, heute Morgen wieder auf seinen Posten begeben, weil er seine Abreise wegen des Wiederbeginnes des englischen Parlaments nicht länger hinauschieben konnte. Dasselbe Blatt glaubt, Prinz Napoleon werde bei Gelegenheit der Interpellation über die römische Frage im Senate sprechen, und würde diese Diskussion am nächsten Montag stattfinden.

Paris, 20. November. Der „Monteur du Sol“ sagt in seiner Wochenrundschau: „Die Rede des Kaisers hat einen tiefen Eindruck durch ihren wesentlich friedlichen Charakter hervorgebracht. Die Civilisation der Völker und der Regierungen hat darin ein neues Zeugniß der erhabenen Politik, welche den Fortschritt und das allgemeine Wohl der Nation stets zum Zwecke hat, erblickt.“

Die friedlichen Erklärungen mit Bezug auf Deutschland stellen die Unruhen und das Mißtrauen im rechten Lichte dar. Indem er die Gründe für die erneuerte Entsendung von Truppen zum Schutze des heiligen Stuhls nach Rom in Erinnerung brachte, hat der Kaiser Italien zur Achtung des monarchischen Princips und der Europäischen Ordnung ermahnt. Die Sprache ist Frankreichs und seines Oberhauptes würdig: sie löst dem gesammten Europa das Gefühl des Vertrauens in die Zukunft ein. Der lebhafteste Applaus im Louvre wird ein Echo auf allen Punkten des Erdkreises finden.“

Mit Bezug auf die Rede des Königs von Preußen sagt das amtliche Blatt: „Der Theil der Rede, welcher von auswärtigen Angelegenheiten handelt, zeugt von vorzüglichen Dispositionen und verkündet den friedlichen Charakter der Deutschen Bewegung.“

Die „Patrie“ enthält eine scharfe Kritik über die Rede der Königin von England, in soweit sich dieselbe auf das Zurückziehen der französischen Truppen aus Italien bezieht. Das Blatt sagt: „Das Englische Kabinet hat die Maßregel zur Erringung des Resultats, welches nur durch die Berathschlagungen Europa's erlangt werden kann, indem eine defakative Organisation einem provisorischen Zustande substituit wird, den Frankreich, so lange er nicht erfrist sein wird, aufrecht erhalten muß, anzugeben vergessen.“ — Die „Patrie“ sagt, daß Monte Rotondo besetzt werden wird.

Paris, 20. November. Aus Rom schreibt der „Abend-Moniteur“: Die Bevölkerung bezeigt den Franzosen andauernd ihre Sympathie und Dankbarkeit. General de Failly ist von dem Paps empfangen worden, welcher ihm seine Gefühle der Erkenntlichkeit für den edelmüthigen Bestand der Franzosen ausdrückte. Schließlich ertheilte der heilige Vater Frankreich, der französischen Arme, dem Kaiser und der kaiserlichen Familie seinen apostolischen Segen.

Florenz, 20. November. „Gazzetta ufficiale“ publizirt das Dekret, durch welches das Parlament zum 5. Dezember einberufen wird. „Italia“ führt in einem längeren Artikel aus, daß die September-Konvention rechtlich zu bestehen aufgehört habe. „Riforma“ ist über die englische Thronrede in hohem Grade befriedigt.

Madrid, 20. November. Die amtliche „Gazeta“ veröffentlicht Telegramme aus Havanna, wonach dort täglich 60 Cholerafälle vorkommen. — Eine königliche Verordnung bestimmt die Sendung von Unterstützungen nach Porto Rico, woselbst ein Orkan große maritime und andere Verluste verursacht hat. Viele Häuser sind dafelbst zerstört.

London, 20. November. Im Unterhause wurde der Adressentwurf eingebracht. In seiner Antwort auf eine Interpellation Mr. Maguire's, welcher gegen eine Einmischung Englands in die italienische Angelegenheit protestirte, weigerte sich der Staatssekretär des Aeußeren, Lord Stanley, auf eine neue Debatte über diesen Gegenstand einzugehen und erklärte, daß es für England unnöthig sei, sich thätig bei der römischen Frage zu betheiligen. Der Minister sagte außerdem, daß England nicht aufgefordert werden könne, sich Maßregeln zur Unterstützung der weltlichen Macht des Paps anzuschließen.

London, 21. November. In Manchester, Salford und Liverpool werden polizeiliche und militärische Vorkehrungen wegen der am Sonnabend stattfindenden Hinrichtungen der Fenier getroffen. Sprengstoffe konstatirt werden verdrängt.

Plymouth, 21. November. Der aus Westindien überfällige Dampfer „Douro“ ist hier eingetroffen.

Kopenhagen, 21. November. Herr v. Dunaade ist gestern Abend aus Berlin hier eingetroffen.

Newyork, 19. November. Aus Mexiko sind Nachrichten eingegangen, denen zufolge der Leichnam des Kaisers Maximilian dem Admiral Tegethoff ausgeliefert worden ist. — Ein Orkan, welcher auf San Domingo gewüthet, hat dafelbst einen schweren Verlust an Schiffen verursacht und viele Menschen sind dabei umgekommen.

Börsen-Berichte.

Berlin, 21. November. Weizen loco Termine still. Get. 3000 Ctr. Roggen in effektiver Waare wurde größtentheils zu Kündigungszwecken aus dem Markt genommen. Für Termine bestand eine sehr feste Haltung, Abgeber zeigten sich weniger dringend und hielten auf höhere Forderungen, die ihnen auch bewilligt wurden. Der Markt schließt bei sehr stillem Verkehr mit einer Besserung von ca. 1/2 R. pr. Wpl. in ruhiger Haltung. Get. 18,000 Ctr.

Hafser loco und Termine ohne Aenderung. Get. 600 Ctr. Rübol war fast geschäftslos und haben die Notizen bei matter Stimmung keine wesentliche Aenderung erfahren. Spiritus gleichfalls wenig umgekehrt und in den Preisen ca. 1/2 R. niedriger als gestern. Get. 40,000 Ctr.

Weizen loco 88—106 R. nach Qualität, weißbunt poln. 100 R. bez., pr. November u. November-Dezember 88 1/2, 88 R. bez., April-Mai 91 1/2 R. bez., Mai-Juni 92 1/2 R. bez.

Roggen loco 73 1/2—76 R. nach Dual, 77—79 pfd. 73 1/2—74 1/2 R. ab Bahn bez., ordin. galiz. 73 R. do., pr. November 74 1/2, 75 R. bez. u. Bez., November-Dezember 74, 73 1/2, 74 1/2, 74 1/2 R. bez., Dezember-Januar 72 1/2, 73 1/2 R. bez., April-Mai 72 1/2, 1/2, 73 R. bez.

Weizenmehl Nr. 0. 6 1/2, 6 1/2; 0. u. 1. 6 1/2, 6. Roggenmehl Nr. 0 5 1/2, 1/2; 0. u. 1. 5 1/2, 5 R. pr. 100 Pfd. ohne Steuer. Gerste, große und kleine, 48—58 R. pr. 1750 Pfd.

Hafser loco 30—34 R. schief. 32 R. böhm. 32—1/2 R. ab Bahn bez., November 32—1/2 R. bez., November-Dezember 31 1/2, 1/2 R. bez., April-Mai 32 1/2 R. bez.

Erbisen, Kochwaare 72—80 R., Futterwaare 67—70 R. Rübol loco 10 1/2 R. Br., pr. November und November-Dezember 10 1/2 R. Br., Dezember-Januar 10 1/2, 1/2 R. bez., April-Mai 11 1/2, 1/2 R. bez.

Leinöl loco 13 1/2 R. Spiritus loco ohne Faß 19 1/2 R. bez., pr. November, November-Dezember und Dezember-Januar 19 1/2, 1/2 R. bez. u. Ob., 5 R. Br., April-Mai 20 1/2, 1/2 R. bez. u. Ob., 1/2 R. Br., Mai-Juni 21 1/2 R. Br., 21 1/2 R. Ob.

Fonds- und Aktien-Börse. Die Börse bot heute wieder einmal einen Gegenatz, während fremdländische Papiere, den auswärtigen Notirungen folgend, matt und niedriger waren, erhielt sich für Eisenbahn-Aktien eine feste Stimmung.

Wetter vom 21. November 1867.			
Im Westen:	Im Osten:		
Paris — R., Wind —	Danzig 0,7 R., Wind ND		
Brüssel 4,2 R., ND	Königsberg 4,1 R., ND		
Triest — R., —	Memel 6,1 R., ND		
Köln 1,6 R., NB	Riga 10,1 R., R		
Münster 0,6 R., NB	Petersburg 9,7 R., D		
Berlin 0,3 R., NB	Moskau — R., —		
Im Süden:		Im Norden:	
Breslau 1,0 R., Wind W	Christians 2,4 R., W		
Katibor 2,2 R., NB	Stockholm 2,9 R., R		
	Saparanda 13, R., R		

Eisenbahn-Actien.		Prioritäts-Obligationen.		Prioritäts-Obligationen.		Preussische Fonds.		Fremde Fonds.		Bank- und Industrie-Papiere.	
Aachen-Mastricht	29 1/2	Aachen-Düsseldorf	4	Magdeb.-Wittenb.	3	Freiwillige Anleihe	4 1/2	Badische Anleihe 1866	4 1/2	Berliner Kassen-Ver.	12
Aktion-Riel	129 1/2	do. II. Em.	4	do.	4 1/2	Staats-Anleihe 1859	5	Badische 35 fl. Loose	4 1/2	Handels-Ges.	8
Amsterdam-Rotterd.	103 1/2	Aachen-Mastricht	4 1/2	Niederst. Märk. I.	4	Staatsanleihe div.	4 1/2	Bair. St.-Anl. 1859	4 1/2	Immobil.-Ges.	3 1/2
Bergisch-Märkische	141 1/2	do. II. Em.	5	do. cemo. I. II.	4	do.	4	Braunschw. Anl. 1866	5	Dummbus	5 1/2
Berlin-An alt	221	Bergisch-Märkische I.	4 1/2	do.	4	Staats-Schuldsscheine	3 1/2	Deffauer Präm.-Anl. 1866	5	Braunschweig	0
Berlin-Görlitz St.	76 1/2	do. II.	4 1/2	Niederst. Märk. C.	5	Staats-Präm.-Anl.	3 1/2	Hamb. Pr.-Anl. 1866	4	Bremen	8
do. Stamm-Prior.	97	do. III.	3 1/2	Oberst. Märk. A.	4	Kurfürstliche Loose	5 1/2	Lübder Präm.-Anl.	3 1/2	Coburg, Credit	4
Berlin-Hamburg	160	do. Lit. B.	3 1/2	do. B.	4	Kur-N. u. Schulb.	3 1/2	Sächsische Anleihe	5	Danzig	8
Berl.-Potsd.-Magd.	222 1/2	do. IV.	4 1/2	do. C.	4	Berliner Stadt-Obl.	5	Schwedische Loose	5	Darmstadt, Credit	4 1/2
Berlin-Stettin	137	do. V.	4 1/2	do. D.	4	do.	4 1/2	Defferr. Metalliques	5	Zettel	4 1/2
Böhm. Westbahn	58 1/2	do. VI.	4 1/2	do. E.	3 1/2	Börsenhaus-Anleihe	5	National-Anl.	5	Deffau, Credit	0
Bresl.-S. u. W. Freib.	124 1/2	do. Düff.-St. I.	4	do. F.	4 1/2	Kur. u. N. Pfandbr.	3 1/2	1854er Loose	4	Gas	11
Brieg-Neisse	93 1/2	do. II.	4 1/2	do. G.	4 1/2	do. neue	4	Credit-Loose	4	Landes	7 1/2
Eöln-Minden	141	do. Dort.-Soest I.	4	Defferr.-Französisch	3	Dstpreuß. Pfandbr.	3 1/2	1860er Loose	4	Disconto-Commund.	8
Cösel-Ober. (Wißb.)	74 1/2	do. II.	4 1/2	do. neue	3	do.	4	1864er Loose	4	Eisenbahnbedarfs	10
do. Stamm-Prior.	85 1/2	Berlin-Anhalt	4	Rheinische	4	Pommersche Pfandbr.	3 1/2	1864er Sch.-A.	5	Genf, Credit	10
do. do.	90	do. Lit. B.	4 1/2	do. v. St. gar.	4	do. neue	3 1/2	Italienische Anleihe	5	Gera	7 1/2
Galiz. Ludwigsb.	86 1/2	Berlin-Hamb. I. Em.	4	do. III. Em. 58/60	4 1/2	Pofensche Pfandbr.	4	do. 1864 engl.	5	Gottha	5 1/2
Löbau-Zittau	37 1/2	do. II. Em.	4	do. 1862	4 1/2	do. neue	3 1/2	Russ. Pr.-Anl. 1864	5	Höfder Güttent-	12
Ludwigsb.-Verb.	150 1/2	Berl.-P.-Magd. A. B.	4	do. v. St. gar.	4 1/2	do. neue	3 1/2	1866	5	Hypoth. (D. Stbner)	5
Magdeburg-Halberst.	187	do. C.	4	Rhein-Nahe-Bahn	4 1/2	Sächsische Pfandbr.	4	Russ.-poln. Sch.-Obl.	4	Erste Pr. Hypoth.-G.	4 1/2
Magdeburg-Leipzig	258	Berlin-Stett. I. Em.	4 1/2	Mosko-Niäsan	5	Schlesische Pfandbr.	3 1/2	Part.-Obl. 500 Fl.	4	Königsberg	7 1/2
do. do. B.	88 1/2	do. II. Em.	4	Niäsan-Rozlow	5	do. Lit. A	4	Ameritaner	6	Leipzig, Credit	4 1/2
Mainz-Ludwigsbafen	127	do. III. Em.	4	Ruhport-Cref. K. G.	4 1/2	Westpreuß. Pfandbr.	3 1/2	Amsterdam kurz	3	Magdeburg	5
Mecklenburger	71 1/2	do. IV. Em.	4 1/2	do. II.	4 1/2	do. neue	3 1/2	do. 2 Mon.	3	Meiningen, Credit	6
Münster-Hamm	88	Breslau-Freiburg	4 1/2	Schleswigische	4 1/2	do. neue	3 1/2	Hamburg kurz	2	Minerva Bergw.-	0
Niederst. Märkische	68 1/2	Cöln-Crefeld	4 1/2	Stargard-Posen	4	Kur- u. Neum. Rentbr.	4	do. 2 Mon.	2	Nordbau, Credit	0
Niederst. Zweigb.	76	Cöln-Minden	4 1/2	do. II.	4 1/2	Pommersche	4	London 3 Mon.	3	Rorddeutsche	8 1/2
Nordbahn, Fzd.-Wißb.	96 1/2	do. II. Em.	5	do. III.	4 1/2	Pofensche	4	Paris 3 Mon.	3	Defferr. Credit	5
Oberst. Lit. A. u. C.	195 1/2	do. III. Em.	4	Südberr. Staatsb.	3 1/2	Breussische	4	do. 2 Mon.	3	Phönix	5
do. Lit. B.	177 1/2	do. IV. Em.	4 1/2	Thüringer	4	Westfälisch-Rhein.	4	Wien Defferr. W. 8 T.	4	Bofen	7 1/2
Defferr.-Franz Staatsb.	132 1/2	do. V. Em.	4	do. III.	4 1/2	Sächsische	4	do. do. 2 Mon.	4	Preuß. Bank-Antheile	13 1/2
Doppel-Darnowig	72 1/2	Cösel-Ober. (Wißb.)	4 1/2	do. IV. Em.	4 1/2	do.	4	Angsborg 2 Mon.	4	Ritterschaffl. Priv.	5 1/2
Rheinische	117 1/2	do. III. Em.	4	Galiz. Ludwigsbahn	5	Gold und Papiergeld.		Leipzig 8 Tage	4 1/2	Rostocker	7
do. Stamm-Prior.	90	do. IV. Em.	4 1/2	Lemberg-Czernow	5	Dollars	1 12 1/2	do. 2 Mon.	4 1/2	Sächsische	6 1/2
Rhein-Nahe-Bahn	26 1/2	Magdeb.-Halberstadt	4 1/2	Magdeb.-Halberstadt	4 1/2	Napoleons	5 13	Frankfurt a. M. 2 M.	3	Schleifischer Bankver.	7 1/2
Russische Eisenbahn	76 1/2	do.	4 1/2	do.	4 1/2	Louisdor	112 1/2	Petersburg 3 Wochen	7	Thüringen	4
Stargard-Posen	93 1/2	do.	4 1/2	do.	4 1/2	Sovereigns	6 24 1/2	do. 3 Mon.	7	Verins-B. (Hamb.)	10 1/2
Südberr. Bahnen	93 1/2	do.	4 1/2	do.	4 1/2			Warschau 8 Tage	6	Weimar	4 1/2
Thüringer	123	do.	4 1/2	do.	4 1/2			Bremen 8 Tage	3 1/2		
Warschau-Wien	62 1/2	do.	4 1/2	do.	4 1/2						

Familien-Nachrichten.
Verlobt: Frä. Louise Wegner mit Herrn Gustav Usabel (Schönfeld-Rosow). — Frä. Albert Müller mit dem Forstausseher Herrn Th. Kurth (Fuhlenberg).
Geboren: Eine Tochter: Frä. H. Günther (Stettin).
Gestorben: Rentier C. J. Krüger (Garz a. N.). — Instrumentenschleifer Franz Hentschel (Greifswald). — Frau Johanna Kiewert geb. Schönemann (Stralsund).
 Stettin, den 21. November 1867.

Bekanntmachung.
 Gemäß Vorschrift des § 20 des Reglements vom 23. September d. J. ist in der hiesigen Magistrats-Kanzlei das Verzeichnis der Wähler des hiesigen Abgeordneten-Wahlbezirks zur Einsicht ausgelegt; auch folgt hierunter ein Abdruck dieses Verzeichnisses.
Sternberg,
 Bürgermeister,
 Wahl-Commissionär für den 2. Wahlbezirk des Regierungs-Bezirks Stettin.

- Lapezier Altmuß.
- Kaufmann Karl Art.
- Kaufmann Allendorf.
- Agent Ahtel.
- Kaufmann Amsberg.
- Kaufmann Emil Aron.
- Schmiedemeister Abraham.
- Kaufmann S. Apofant.
- Secretair Ambrosi.
- Eisenbahnbeamter Ludwig Alverdes.
- Handelsmann Velling.
- Taubstummen-Anstalts-Vorsteher Vöttcher.
- Rechnungs Rath Buchholz.
- Zahlmeister Barndt.
- Kaufmann Albert Barz.
- Kärbermeister Bornmann.
- Kaufmann Julius Brumm.
- Zimmermeister Bliesener.
- Intendant Beda.
- Hauptollants-Assistent Billau.
- Zahlmeister Bachmann.
- Kaufmann Louis Blod.
- Kaufmann Broßmann.
- Brückenmeister Bartell.
- Zimmermeister Bartell.
- Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter Braun.
- Rentier Blaurod.
- Kaufmann Albert de la Barre.
- Kaufmann Louis Böhm.
- Arzt Dr. Bofsen.
- Kaufmann A. Burscher.
- Geheimer Medizinalrath Dr. Behm.
- Rentier Breslich.
- Eigenthümer Brehmer.
- Gastwirth Brandshagen.
- Zustizrath Calow.
- Kaufmann Adolph Creutz.
- Kaufmann Cunz.
- Brauereibesitzer Conrad.
- Stadttrath Carton.
- Kaufmann L. Dammas.
- Althändler Dietrich.
- Kaufmann R. Dorfscheld.
- Kaufmann Leopold Dummer.
- Kaufmann E. Degner.
- Kaufmann Adolph Dietz.
- Regierungs Rath Dumrath.
- Regierungs-Secretair Dreiß.
- Schneidemeister Ludwig Ebner.
- Schulwärter Eich.
- Maurermeister Fortong.
- Makler Guido Fuchs.
- Arzt Dr. Fränkel.
- Böttchermeister Franz.
- Agent R. Felix.
- Rentier Flöder.
- Rentier Franz.
- Intendantur-Secretair Fahrenholz.
- Wieshalter Frank.
- Rentier Theodor Fuchs.
- Kaufmann S. Flemming.
- Rentier F. Gutsche.
- Kaufmann Carl Geber.
- Stellmachermeister Grunzig.

- Gutsbesitzer Gräber.
- Inspektor Günther.
- Böttchermeister Genichow.
- aufmann August Grohn.
- Rentier Ludwig Goll.
- Kaufmann Grunow sen.
- Makler Gressrath.
- Stabsarzt Dr. Haaje.
- Bäckermeister Herrmann.
- Regierungsrath Herr.
- Kaufmann Heuschert.
- Kaufmann Hermann Haaf.
- Rector Heß.
- Kaufmann C. H. Holz.
- Kaufmann H. Hoff.
- Kaufmann Haler.
- Kaufmann Haurwig.
- Stadttrath Hempel.
- Kaufmann Herms.
- Schächtermeister A. Habert.
- Töpfermeister Hey.
- Kaufmann W. Jahnke.
- Kaufmann Franz Jahn.
- Kaufmann H. Kettner sen.
- Brauereibesitzer Kreich.
- Malermeister G. Krasemann.
- Densfabrikant Keppeler sen.
- Kaufmann Köhler.
- Rentier Köhn.
- Direktor Kornhardt.
- Tischlermeister Koschull.
- Kaufmann Krey.
- Kaufmann Kuhl.
- Tischlermeister A. Kaseburg.
- Lehrer Dr. Kühne.
- Konful Dolat Kister.
- Wagemeister Köckerich.
- Kaufmann Kühnemann.
- Schuhmachermeister Knid.
- Kaufmann August Krieger.
- Korbmachermeister Krüger.
- Kaufmann W. Kemp.
- Kaufmann W. Klemm.
- Rentier Kleinwort.
- Zimmermeister Krüger.
- Fabrikbesitzer Kolesch.
- Kaufmann Wilhelm Koch.
- Intendantur-Secretair Linde.
- Stabsarzt Dr. Löwer.
- Zustizrath Lommatsch.
- Maschinenmeister Lenz.
- Kaufmann G. W. Ledmann.
- Kaufmann R. Lübbe.
- Regierungsrath Lorenz.
- Penj. Polizei-Sergeant Piptow.
- Schiffskapitain Piesch.
- Versicherungsbeamter Lähler.
- Kaufmann Lüderig.
- Kaufmann Louis Lewy.
- Konful Eduard Lübbe.
- Siebemeister Lembcke.
- Kaufmann Lindner.
- Inspektor Lewin.
- Rentier Lübe.
- Kaufmann Lichtheim.
- Fleischermeister Linse.
- Selbstgelehrtermeister Ludwig.
- Kaufmann Albert Leusch.
- Schlossermeister Lindstädt.
- Eigenthümer Ledmann.
- Fleischermeister Lübbe.
- Intendantur-Rath Michaelis.
- Schneidermeister W. News.
- Kaufmann Wisched.
- Lapezier Müller.
- Schulvorsteher Metzmacher.
- Rechtsanwalt Masche.
- Lehrer A. Marquardt.
- Bäckermeister Miglaff.
- Stadtältester J. Meißner.
- Zahlmeister Moritz.
- Fleischermeister Mübler.
- Rentier F. Müller.
- Kaufmann Magnus.
- Schlossermeister Macdonald.
- Bäckermeister Malbranc.

- Kaufmann Franz Meyer.
- Rentier Wilhelm Masche.
- Kaufmann Menckell.
- Stadtältester Marggraf.
- Kaufmann Karl Meißner.
- Kaufmann E. L. Mann.
- Holzhandler Müller.
- Arzt Dr. Meyer.
- Generalarzt a. D. Dr. Mette.
- Buchhändler Th. v. d. Nagler.
- Rentier Meidt.
- Privatsecretair W. Neumann.
- Rentier Gottfried Neumann.
- Goldarbeiter Paul.
- Glasarbeiter Karl Pust.
- Rentier Pinnow.
- Kantor Priem.
- Kaufmann Karl Pommer.
- Maler Pischkowsky.
- Kaufmann W. Piber.
- Kohlenbändler Quandt.
- Fabrikbesitzer Quistorp.
- Buchbindermeister Rosenkranz.
- Fuhrherr W. Rüg.
- Klempnermeister Ruch.
- Stadttrath Rückforth.
- Bäckermeister Reglaff.
- Goldarbeiter Richter.
- Kaufmann R. Ribbeck.
- Kaufmann Rudolph.
- Kaufmann Friedr. Richter sen.
- Polizei-Secretair Nied.
- Maler Riemeder.
- Schlossermeister Rauwoff.
- Kaufmann Reimarus.
- Kaufmann Rosenow.
- Stadttrath Rabloff.
- Kaufmann Reichenbecher.
- Schmiedemeister A. Schmidt.
- Maler E. Schmidt.
- Buchbinder Salinger.
- Kaufmann Ed. Schwinnig.
- Konrektor Schent.
- Direktor Sappel.
- Kaufmann Schlemann.
- Kaufmann Schöppler.
- Zimmermeister C. F. Schönberg.
- Goldarbeiter Sperling.
- Stadttrath Dr. Schür.
- Kanzleirath S. Schulz.
- Brennereibesitzer Sellin.
- Kaufmann v. Stabe.
- Kaufmann Karl Stephan.
- Kaufmann Bernhard Stämer.
- Maurermeister A. Schröder.
- Kaufmann A. Schulz.
- Schmiedemeister Schulz.
- Fabrikant Scharlau.
- Restaurateur Stephan.
- Rentier W. Schmidt.
- Fleischermeister L. Stabenow.
- Rechnungs Rath Steinicke.
- Eigenthümer Staats.
- Schulvorsteher Siewert.
- Lehrer Schalow.
- Rentier D. Seydel.
- Intendantur-Rath v. Scheple.
- Oberstabsarzt Dr. Scheibemann.
- Stadtwardar Schmitz.
- Maurermeister Schröder sen.
- Kreisgerichtsrath Schmidt.
- Mühlenbesitzer Otto Schulz.
- Schmiedemeister C. Schulz.
- Maschinenbaumeister Schwarz.
- Kaufmann Karl Streich.
- Altner August Schröder.
- Fleischermeister Stard.
- Konful Schreyer.
- Zimmermeister Georg Schulz.
- Tischlermeister Strud.
- Major a. D. Schneppe.
- Gasthofbesitzer Albert Timm.
- Gasthofbesitzer Robert Timm.
- Kaufmann G. Ab. Töpffer.
- Stadttrath Tenne.
- Maurermeister Urban.

Die Deconomie-Deputation.
 Grabow a. D., den 19. November 1867.
Bekanntmachung.
 Zu der am 3. Dezember d. J. stattfindenden allgemeinen Volkszählung nehmen wir hiermit die Hülfen der sämtlichen Grabower Hausbesitzer und Haushaltungsvorstände vertrauensvoll in Anspruch und erwarten zu dürfen, daß unsere Mitbürger sich nicht allein selbst bei der Listen-aufstellung eifrig beteiligen, sondern auch den ernannten Volkszählungs-Commissionsmitgliedern und den Zählern jede erforderliche Auskunft bereitwilligst ertheilen und verschaffen werden.
 Wir bemerken noch, daß für jede Haushaltung eine besondere Liste anzustellen ist und daß die näheren Angaben über die Art der Listenaufstellung von den Zählern bei Abgabe der Formulare werden gemacht werden.
 Meldungen zur Uebernahme des Zähleramtes als eines Ehrenamtes sehen wir bis zum 26. d. M. entgegen.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.
 Die an der Mündung der Oder (Königsfahrt) vorhandene Tagesmarke ist zur Bezeichnung der Einfahrt in die Mündung bei Nacht mit einer Leuchte verbunden worden.
 Das Schiffahrttreibende Publikum wird hiervon mit dem Hinzufügen in Kenntniß gesetzt, daß die an der Königsfahrt vorhandene Baake zu diesem Behufe vom 26. d. M. ab mit einem weißen Lichte versehen sein wird.
Der Wasser-Bau-Inspektor.
 gez. Degner.

Guts-Verpachtung.
 Das Rittergut Grichow nebst Grabow im Grimmer Kreise, circa 2300 Morgen, Morgen groß, worunter ca. 2100 Morgen meistens sehr guter Acker, soll von Johannis t. J. ab auf 15 Jahre verpachtet werden, und steht die Verpachtung desselben nach vorgängiger Meldung auf dem Hofe daselbst frei, welches hierdurch vorläufig mit dem Bemerkten bekannt gemacht wird, daß das Nähere bei mir zu erfahren ist.
 Greifswald, den 20. November 1867.
Dr. Gutjahr.

Sonnabend 7 Uhr, am Vorabend des Todtenfestes:
Musikalische Besper
 des Nicolai-Chors, in der erleuchteten Johannis-Kirch.

